



MARCO HARDMEIER TRITT ALS PARTEIPRÄSIDENT ZURÜCK

## Ein fröhlicher Rücktritt

Am 7. Januar 2014 hat Marco Hardmeier seinen Rücktritt als Präsident der SP Kanton Aargau auf den ordentlichen Parteitag vom 21. Juni dieses Jahres bekannt gegeben. Es sei ihm «eine Ehre und eine Freude», für die SP da zu sein, aber jetzt sei «Zeit für Neue und Neues.» Für die Partei und für ihn. links.ag wollte vom erfolgreichen und beliebten Parteipräsidenten Marco Hardmeier wissen, was hinter seinem Rücktritt steht und was er nun vorhat.

links.ag: Marco Hardmeier, es ist noch zu früh für einen umfassenden Rückblick auf Deine Präsidentenjahre. Dennoch: Du hast viel Ordnung in die SP Aargau gebracht und auch SP-Erfolge bei den eidgenössischen Wahlen 2011 ermöglicht. Warum trittst Du jetzt zurück? Ist Dir der Rücktritt schwer gefallen?

Marco Hardmeier: Im Juni 2014 8 ½ Jahre Parteipräsidium sind eine sehr lange Zeit. Stehvermögen habe ich also bewiesen. 10 Jahre in der Geschäftsleitung werden es dann auch sein. Ich habe mich bei der Statutenrevision immer für eine 10jährige Amtszeitbeschränkung eingesetzt. Beschlossen wurden dann 12 Jahre. Aber ich bin und bleibe konsequent bei den von mir geforderten 10 Jahren. Zudem wurde ich als Vizepräsident des Grossen Rats gewählt und werde, so das Parlament will, 2016 Grossratspräsident. Ämtersammeln gehört nicht zu meinen Hobbys. Der Entscheid ist also nicht etwa spontan, sondern wohlüberlegt gefallen.

Die Zusammenarbeit mit der Basis und mit der Geschäftsleitung ist aufwendig und kann Nerven kosten. Ist das auch ein Grund für Deinen Entscheid?

Nein, definitiv nicht. Wer das Gefühl hat, beim Amt des Parteipräsidenten genüge es, einfach glänzend vorne hinzustehen oder mal eben medial wirksam ein paar Direktiven rauszupauken oder den Mitgliedern den Kopf sturm zu reden, der kommt rasant schnell auf den Boden runter. Ja, es ist sehr aufwendig und kostet manchmal Nerven, aber welche andere Tätigkeit bereitet immer nur Freude



Marco Hardmeier ist Präsident der SP Kanton Aargau und Grossrat.

und endlos Spass? Mir kommen nur sehr wenige in den Sinn.

Wo steht die SP Aargau jetzt, ein gutes Jahr vor den nächsten eidgenössischen Wahlen? Wie siehst Du die Zukunft der Partei?

Wir haben letztes Mal gut abgeschnitten bei den Nationalratswahlen – drei Sitze ohne Listenverbindung. Bei den Ständeratswahlen gelang uns mit Pascale Bruderer Wyss nach über 60 Jahren aus dem Stand der Grosserfolg. Und mit Urs Hofmann sind wir seit 2009 nach einer Dekade Abwesenheit wieder im Regierungsrat. Die Basis ist gelegt, jetzt muss nur noch ausgebaut werden. Auch inhaltlich-politisch: Klar, 47,7 Prozent bei der eigenen Pflegeinitiative ist immer noch kein Abstimmungsgewinn, aber ich bin zuversichtlich, dass meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger die Früchte meiner Arbeit werden ernten können und uns

auch hier mehr Erfolge gegönnt sein werden.

Wie hast Du Dich verändert in Amt des Parteipräsidenten? Wie hat sich das politische und parteiinterne Umfeld in dieser Zeit verändert? Ich bin ruhiger geworden. Und habe einen viel längeren Atem als zu Beginn meiner Amtstätigkeit. Das politische Umfeld ist schneller, hektischer und rauher geworden. Parteiintern haben wir einige Veränderungen umgesetzt. Als Stichworte: Massive Stärkung des Parteipräsidiiums, Verkleinerung der Geschäftsleitung, Adaption an die Geschwindigkeit der Mitwelt und der Medien. Somit ist die Basis für zukünftige Erfolge gelegt.

Aus Deinem Rücktrittsbrief und Deinen Reden an Parteitagen spricht ein grosser Optimismus und viel Zuneigung zu unseren sehr engagierten, aber nicht immer einfachen ParteigenossInnen.

Woher nimmst Du den Optimismus? Warum magst Du uns? Kannst Du vielleicht nur so die schwierige Arbeit der Minderheitspolitik aushalten? Optimistisch bin ich, weil ich sehr viele Menschen in unserer Partei von den verschiedensten Seiten und in den unterschiedlichsten Lebenslagen kennen lernen durfte. Und fast alle habe ich sehr schätzen gelernt. Es sind auch tiefe freundschaftliche Bande entstanden. Übrigens mit Menschen, die nie ein Blatt vor den Mund genommen haben und mich dann und wann auch offen und hart kritisiert haben. In so einer Partei kann man doch nur gerne sein, oder?

Wohin wird Deine grosse Energie in Zukunft fliessen? Alles in den Beruf? Oder gibt es weitere Pläne?

Ins Grossratsamt und 2016 dann ins Grossratspräsidiumsamt. Im Beruf bin ich schon mit viel Energie drin. Weitere Pläne, auch politische, mache ich nicht im Moment, ich bin aber für vieles offen. Ich dränge mich jedoch auch in Zukunft nirgends auf.

Was wirst Du am meisten vermissen?

Hektische Momente werden seltener werden. Dies gab mir immer Antrieb und Energie, ich konnte den Stress immer positiv bewältigen. Hier muss ich wohl für etwas Kompensation sorgen.



Die Fragen stellte  
Katharina Kerr.

## KOMMENTAR

## Ganz am Anfang – und doch mittendrin

In den vergangenen Wochen wurde nicht nur das neue Jahr eingeläutet, sondern gleichzeitig auch die zweite Hälfte der



bundespolitischen Legislatur. Die Aargauer SP-Delegation konnte diese vor gut zwei Jahren gestärkt in Angriff nehmen: mit weiterhin drei Vertretungen im Nationalrat und einem neu

dazu gewonnenen Ständeratssitz.

Dieser Wahlerfolg und die damit verbundene sozialdemokratische Präsenz im Bundesparlament sind wichtig. Es braucht die SP mehr denn je bei Fragen, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennen – sei es beim Kampf für Mindestlöhne, bei der Regulierung des Finanzplatzes oder der Befreiung aus der Defensive bei internationalen Steuerfragen.

Wichtiger noch als der Blick zurück ist aber der Blick nach vorn. Das Bundesparlament wird in den kommenden zwei Jahren wegweisende Entscheide zu fällen haben in sozial- wie energiepolitischen Fragen: So gilt es einerseits, Alain Bersets Gesamtkonzept der Altersvorsorge 2020 zu unterstützen, erste und zweite Säule gemeinsam weiterzuentwickeln und all die bürgerlichen Einzelaktionen abzulehnen, die ganz offensichtlich eine Schwächung unseres Sozialsystems zum Ziel haben. Andererseits wartet die Energiestrategie 2050 auf ihre Verabschiedung – denn die Energiewende ist eingeläutet, aber noch längst nicht vollzogen. Das Parlament ist dringend aufgerufen, die nötigen Gesetzesanpassungen definitiv vorzunehmen und damit auch gegenüber der Wirtschaft Investitions- und Rechtssicherheit zu schaffen.

So stehen wir zwar am Anfang eines neuen Jahres und sind doch schon mittendrin. Mittendrin in einer Legislatur, welche die grosse Chance einer echten Weichenstellung bietet – zugunsten einer sozialeren und ökologischeren Schweiz.

**Pascale Bruderer Wyss** von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.

## «HEIRATSSTRAFE»-INITIATIVE DER CVP

# Wir sind Individuen und nicht Ehepaare!

**Die CVP setzt sich mit ihrer Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» gegen die Benachteiligung von Verheirateten in der Besteuerung ein. Das mag fair und gerechtfertigt sein. Die Initiative knüpft dieses Anliegen aber an die Ehe als eine «auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Das kann und will ich nicht unterstützen.**

### Ehe zwischen Frau und Mann als Norm?

Das geltende Steuerrecht führt unbestritten zu fragwürdigen Ungerechtigkeiten zwischen den verschiedenen Zivilstands- und Haushaltsformen. Die Lösung, die die CVP für dieses Problem vorschlägt, tönt eigentlich ganz gut: Verheiratete Paare sollen gegenüber Konkubinatspaaren nicht mehr benachteiligt werden. Der Haken an dieser Initiative aber wie so oft im Kleingedruckten versteckt. Die CVP will nämlich den folgenden Wortlaut in Art. 14 Abs. 2 (neu) der Bundesverfassung verankern: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.»

Damit wird deutlich, worum es bei dieser Initiative wirklich geht: Geschickt verpackt versucht die CVP hier, die Ehe als gesetzlich(!) gebundene Norm in der Bundesverfassung(!) zu verankern und damit die Ehe als Gemeinschaftsform den konservativen Werten dieser

Partei entsprechend aufzuwerten. Das kann nicht die Lösung für das Problem der «Heiratsstrafe» sein, denn dies schafft neue Ungleichheiten und verkennt die familienpolitische Realität.

### Andere Lösungen möglich

Ich setze mich deshalb für eine andere Lösung für dieses Problem ein: Ich fordere eine Besteuerung unabhängig vom Zivilstand, vom Geschlecht und von der gewählten Lebens- und Familienform. Die Lösung für das Problem der Heiratsstrafe ist so viel einfacher: Es braucht einfach eine Individualbesteuerung. Nur die Individualbesteuerung besteuert jede und jeden fair und kontextungebunden. Zudem hat sie den stärksten Wachstumseffekt, weil sie Barrieren in der Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden am besten abbaut. Die Besteuerung des Zweitverdienstes hat bei Verheirateten oft die Wirkung einer Barriere und hält einen Teil des Ehepaars davon ab, erwerbstätig zu sein. Oft sind das die Frauen.

Dabei braucht es aber keine Aufwertung der Ehe, wie sie der CVP mit ihrer Initiative vorschwebt. Familienrealitäten haben sich in den letzten Jahren stark geändert, und es wird Zeit, dass dies auch steuerpolitisch anerkannt wird. Jede Person muss als gleichgestelltes, eigenständiges Individuum wahrgenommen und entsprechend besteuert werden. Wir sind schliesslich Individuen und nicht primär Ehepartner! Jedes Einkommen soll unabhängig von der gewählten Lebens- und Familienform versteuert werden. Ebenso können weitere finanzielle Ungerechtigkeiten (wie Rentenzahlungen) zwischen Ehe- und Konkubinatspaaren bereits heute ohne Verfassungsänderungen aus der Welt geschaffen werden. Es braucht nur den Willen, den Mut und Gesetzesanpassungen – sicher aber keine Verfassungsänderung.

**Damit die Steuerbelastung nicht zum Ehekiller wird**



**Familien stärken!**



**Gegen die Heiratsstrafe**

Inserat für die Mogelpackung

**Yvonne Feri** von Wettingen ist SP-Gemeinderätin, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz.



VERANSTALTUNG IN DÄNIKEN ZUM GEPLANTEN ATOMMÜLLLAGER

# Der bekannte Kritiker sollte eingeladen werden

Am 7. November 2013 organisierte das Bundesamt für Energie (BFE) für die EinwohnerInnen von Däniken und Umgebung einen «Treffpunkt Tiefenlager» in Däniken. Denn die Nagra hatte entschieden, dass von den vier Standorten für eine Oberflächenanlage am Jura-Südfuss der Standort JS-1 in Däniken weiter evaluiert werde. Dies aufgrund des verhängnisvollen Entscheids der Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss, dass der Standort JS-1 in Däniken für eine Oberflächenanlage «am wenigstens schlecht geeignet sei».

## Teile und herrsche

Nagra und BFE haben schlechte Erfahrungen mit der Dynamik des Widerstandes gemacht, die sich dann entwickelt, wenn man auf der Bühne in einer Turnhalle grossen Menschenmengen gegenübersteht und sich die GegnerInnen furchtlos zu Wort melden. So sollten am 7. November 2013 die BesucherInnen nur einzeln oder in kleinen Gruppen mit den Fachleuten diskutieren. Auf diese Weise wollten BFE, Nagra und ENSI das Vorgehen zur Standortsuche und die konkrete Situation des Standortes JS-1 in der grossen Mehrzweckhalle Däniken präsentieren. In einem separaten kleinen Raum würden Fachleute zu den Vorteilen des Standorts Däniken referieren, und dies nur vor kleinen Gruppen. Das BFE hatte auch die Widerstandsvereine zum «Treffpunkt Tiefenlager» eingeladen. KAAZ!\* wollte gemeinsam mit NOE\*\* auftreten. NOE hielt es jedoch für sinnlos, sich einer Übermacht von SpezialistInnen des BFE und der Nagra entgegenzustellen, und verzichtete.

## Marcos Buser unerwünscht

Im Vorfeld des Anlasses liess KAAZ! vom Geologen und Entsorgungsspezialisten Marcos Buser das Hauptsicherheitsrisiko, die Grundwassersituation, prüfen. Buser war auch bereit, im Namen von KAAZ! seine Ergebnisse in Däniken zu erläutern. Dem BFE jedoch passte das gar nicht. Es verlangte, dass Buser wieder eingeladen werde. Erst nachdem KAAZ! dem BFE klar gemacht hatte, dass Dialogverweigerung etwas Unschweizerisches und unserer politischen Kultur entgegenlaufend und die Haltung des BFE sicher von öffentlichem Interesse sei, lenkte dieses ein.

## Hauptsicherheitsrisiko Grundwasser

In seinem Referat zeigte Marcos Buser auf, dass das heutige Verfahren für die Standortsuche verkehrt verläuft: Zuerst müsste man die Geologie im Untergrund erforschen, um den sichersten Standort ausfindig zu machen. Erst dann könne man den Standort der dazugehö-



Däniken 7. November 2013

rigen Oberflächenanlage evaluieren. «Grundwasser sind Trinkwasserreserven und damit das höchste Gut, das wir den nächsten Generationen unbeschadet weitergeben sollten», erklärte Buser und kritisierte die Nagra, die sich nicht an die eigenen Sicherheitskriterien halte.

Bemerkenswert war, dass trotz hohem Personalaufgebot keine der anwesenden Organisationen BFE, Nagra und ENSI auf Nachfrage in der Lage war, den konkreten Standort des künftigen Tiefenlagers, die Kaverne mit den radioaktiven Abfällen, zu bezeichnen. Hartnäckige, aber unbestätigte Gerüchte besagen, dass die Kaverne in einer Tiefe von 600–800 Metern im Gebiet von Entfelden entstehen werde. Dies wurde aber von BFE, ENSI und Nagra nicht bestätigt. Bei so viel Unkenntnis bleibt schleierhaft, aufgrund welcher Entscheidungsgrundlagen der Bundesrat im Frühjahr 2014 vier der heute insgesamt zwanzig Standorte auswählen wird.

\*Kein Atommülllager im Ballungsgebiet Aarau-Lenzburg-Zofingen!

\*\*Niederamt ohne Endlager

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Kanton Aargau, Einwohnerrätin und Präsidentin KAAZ!.



## KOMMENTAR

### Raumplanung

Wird wirklich das letzte Grün überbaut, nehmen Verkehrsstaus zu? Tatsache ist: Unsere Landreserven und Verkehrsinfrastrukturen kommen unter Druck – weil



wir mehr und mobiler werden und mehr Wohnraum nutzen. Aktuelle Fragen sind: Wie mobil wollen wir sein? Warum arbeiten wir nicht, wo wir wohnen? Wie viel Wohnraum brauchen

wir? Können wir verdichteter bauen? Und vor allem: Wie viel Natur wollen und brauchen wir? Das neue Raumplanungsgesetz des Bundes macht einen Anfang. Der Aargau ist daran, es umzusetzen – mit Herausforderungen vor allem für die Gemeinden, die vermehrt regional planen müssen.

Noch eine – brandaktuelle – Herausforderung steckt im Thema. Denn wie immer ist da eine vermeintlich einfache Lösung. Sie gibt der Einwanderung Schuld: Die Abschottungsinitiative will keine Ausländer, die Ecopop-Initiative spricht von Nullwachstum, meint aber das gleiche.

Diese Herausforderungen muss die SP annehmen: Wie bringen wir ökologische Anliegen, die Erwartung von Wachstum und die Forderung nach mehr günstigem Wohnraum in Einklang? Wie machen wir neue, ökologische Bau- und Wohnformen zum Thema? Welche Lösungen haben wir, um das Feld nicht der Überfremdungangst – auch unserer eigenen! – zu überlassen?

Die SP Aargau setzt 2014 bei der Raumplanung einen inhaltlichen Schwerpunkt. Am 27. Mai 2014 findet dazu ein Themenabend statt, zu dem speziell auch SP-VertreterInnen in den Gemeinden eingeladen werden.

*Bitte Termin reservieren, weitere Informationen folgen!*

**Dieter Egli** von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

## ATOMMÜLLENTSORGUNG

# Experten können irren

**Die Gemeinde Däniken liegt auf einer Grundwasserzone. Der geologische Untergrund in dieser Gegend ist also nicht geeignet für ein Atommülllager. Trotzdem planen das Bundesamt für Energie (BFE) und die Nagra nun gut 6 Kilometer von Aarau entfernt in Däniken einen Eingangsstollen für ein solches (noch gar nicht beschlossenes) Lager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall. Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser übt Kritik an dieser Planung.**

Zuerst beschloss die Regionalkonferenz Plattform Jura-Südfuss<sup>1</sup> am 27. April 2013, dass Däniken als Standort für einen Lagereingang in der Region am wenigsten schlecht sei. Seither scheinen BFE und Nagra auch Däniken als Eingang für ein Atomendlager zu evaluieren. An einer Veranstaltung von BFE und Nagra vom 7. November 2013, zu der auch Interessierte im Bereich der AKW-Thematik eingeladen waren (siehe den Bericht von Eva Schaffner auf Seite 11), referierte Marcos Buser auf Einladung von KAAZ!<sup>2</sup> zur Atommüllentsorgung im allgemeinen und zum geplanten Loch in Däniken im besonderen. links.ag stellte Marcos Buser Fragen zu seiner Person und zum Oberflächensstandort Däniken.

**links.ag: Marcos Buser, wie waren oder sind Sie bei der Suche nach Lösungen für die Verwahrung nuklearer Abfälle in der Schweiz beteiligt? Warum sind Sie im August 2012 aus der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit<sup>3</sup> (KNS) ausgetreten?**

Bei der konzeptuellen Planung des Sachplans wurde ich nicht beigezogen und konnte meine Meinung offiziell erst als Mitglied der neu geschaffenen Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) vertreten, zu einem Zeitpunkt also, als das Konzept bereits offiziell vom Bundesrat abgesegnet war. Damit wurde ein Einwirken auf konzeptuelle Schwachstellen im Sachplanverfahren sehr viel schwieriger. Als sich im Laufe der Jahre trotz offensichtlicher Schwachstellen im Verfahren kaum Korrekturen erzielen liessen und ich noch auf Unregelmässigkeiten im Verfahren stiess, war für mich klar: Ich arbeite nicht auf diese Art und Weise, und trat konsequenterweise aus der KNS zurück. Ein Verfahren mit solch grossen Risiken muss zwingend in einem offenen wissenschaftlich und technisch belastbaren Prozess geführt werden. Es darf zu keinem nuklearen Kölliken kommen.

## Kostenoptimierte Sicherheit ?

Vor einem Jahr meinte der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi zur Frage der möglichst sicheren Endlager: «Wissenschaftliche Redlichkeit schliesst die Möglichkeit künftiger Fortschritte, aber auch die Möglichkeit ein, dass sich die Wissenschaft täuschen kann. Es ist

deshalb wichtig, dass ein Projekt mit grossen möglichen Folgen für Menschen und Umwelt die Anpassung an neue Erkenntnisse vorsieht. Die im Kernenergiegesetz geforderte «dauernde sichere Entsorgung» ist diesbezüglich eine grosse Herausforderung.»<sup>4</sup> Ist eine sichere oder möglichst sichere Entsorgung möglich? Der Film von Edgar Hagen «Reise zum sichersten Ort der Erde» zeigt ja, dass es die nicht einmal in der Wüste Gobi gibt. Wird Sicherheit in der Schweiz de facto wirklich angestrebt? Was haben die Regionalkonferenzen dazu zu sagen? Ich glaube schon, dass im Grundsatz der Wille da ist, sichere Lösungen anzubieten. Das Problem ist aber ein anderes: Der Weg zur

sogenannten sicheren Lösung ist schon vorprogrammiert und wird in starkem Ausmass durch Kostenüberlegungen gesteuert. Nicht die Sicherheit steht dabei im Vordergrund, sondern die kostenoptimierte Sicherheit. Abweichungen vom heute definierten Konzept und Verbesserungen in Richtung eines offenen sicherheitsgerichteten Prozesses sind daher nicht willkommen. Die Prozessführer halten unbeirrt an dem einmal definierten Konzept fest. Gerade solch heikle Planungen verlangen aber nach Flexibilität und auch nach Korrekturen, wenn erkannt wird, dass Fehler oder Fehleinschätzungen vorliegen. Kommt hinzu, dass nicht nur Expertenmeinungen in den Prozess



© Johannes Rüesch

Der Geologe und Nuklearspezialist Marcos Buser führt das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft INA GmbH in Zürich.

einfließen dürfen. Die Vergangenheit mit Risikoanlagen hat gezeigt, dass Experten sich sehr häufig getäuscht haben und die sogenannten Laien den unverstellteren Blick auf die Probleme hatten. Es ist daher notwendig, die betroffene Bevölkerung an den Entscheiden mit zu beteiligen. Schliesslich muss eine Bevölkerung ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) über 100 000 Jahre übernehmen. Darum plädiere ich dafür, dass die regionalen Anliegen auch bei Sach- und Sicherheitsfragen berücksichtigt werden. Heute ist eine solche Mitbeteiligung bei Entscheiden aber nicht gewährleistet.

### Warum ein Stolleneingang in Däniken?

Noch im Herbst 2012 hiess es, ein Atomendlager in der Region Aarau-Lenzburg-Olten komme wegen der Geologie in dieser Zone nicht in Betracht. Warum will die Nagra nun doch einen Stolleneingang in Däniken planen? Ist dies vernünftig, bevor man weiss, ob hier die Voraussetzungen für ein sicheres Endlager gegeben sind? Warum eine Rampe? Was kosten solche Nagra-Planungen?

Offiziell haben die Prozessführer sechs Gebiete vorselektioniert, und darunter war auch der Jura-Südfuss für ein SMA-Lager. Dass es einen Eingang in ein Tiefenlager braucht, ist nicht zu vermeiden. Aber logischerweise wäre es klüger gewesen, zuerst die Eignung des Untergrunds abzuklären und erst danach die Zugänge und die Eingangspforten festzulegen. Ich halte nichts von Rampen für ein radioaktives Tiefenlager: Rampen verletzen den Untergrund so stark, dass

ich einen dauerhaft sicheren Verschluss mit heutiger Technologie nicht für möglich halte. Wir müssen aber ausschliessen können, dass Wasser ins tiefe Lager eindringt. Daher braucht es andere Lagerauslegungs- und Zugangskonzepte. Wir dürfen dem Gestein nur möglichst kleine Wunden zufügen, die sich auch wieder verschliessen lassen, und die den Gesteinsverbund nicht unnötigerweise verletzen. Wir müssen also auf eine Art wie ein moderner Chirurg arbeiten. Das wird aber kosten. Und das verteuert wiederum die Atomenergie. Und das liegt den Betreibern der Atomanlagen begreiflicherweise auf dem Magen und vor allem auf dem Portemonnaie. Aber die radioaktiven Abfälle sind zu gefährlich, wir dürfen bei der Sicherheit nicht sparen. Die Kosten der Entsorgung wurden bisher massiv unterschätzt, das wird jetzt bei der konkreten Umsetzung der Programme immer sichtbarer.

Sie plädierten am 7. November 2013 in Däniken gegen ein «nukleares Kölliken». Wie sieht die Langzeitprognose für ein Tiefenlager im Raum Aarau-Olten aus? Von welchen Zeiträumen spre-

© Greenpeace / Andrew Kerr



chen wir da? Welche geologischen Realitäten in diesem Raum gilt es zu berücksichtigen?

Wir müssen den Realitäten in die Augen schauen und uns bewusst sein, dass Projekte mit Laufdauer von 1 Million Jahren beziehungsweise von 100 000 Jahren unsere Fähigkeiten als Ingenieure oder Geologen übersteigen. Wir sollten daher vorsichtig sein und gegenüber der Grösse der Aufgabe bescheiden auftreten. Wir kommen bei solchen Projekten an eine Grenze, wo wir ehrlicherweise zugeben müssen, dass wir nicht wissen, ob wir das ehrgeizige Ziel erreichen werden. Heute jedenfalls

## Nicht die Sicherheit steht im Vordergrund, sondern die kostenoptimierte Sicherheit.

haben wir keine Gewissheit, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg eine Sicherheit über derartige Zeiträume gewährleisten können. Die grösste Herausforderung dürfte vermutlich das Verschliessen der Wunde sein, die wir dem Gestein beim Auffahren des Tiefenlagers zufügen.

### Demokratische Planungsverfahren?

Was kritisieren Sie an den heute üblichen Planungsverfahren? Wie weit soll, kann und wird die betroffene Bevölkerung einbezogen? Der Däniker Gemeindepräsident Gery Meier (FDP) teilte im April 2013 der Öffentlichkeit mit: «In Däniken wird es keine Oberflächenanlage geben und im Jurasüdfuss auch kein Tiefenlager.» Dies auch wegen des Grundwassers, das geschützt werden müsse. Warum dann diese neuen Spiele von Nagra und BFE in Däniken?

Wie die auf Freiwilligkeit beruhenden Verfahren im Ausland zeigen, ist Partizipation bei atomaren Abfällen ein Muss. Partizipation heisst Teilnehmen und Mitbestimmen, Konsultation nur Anhören. So wie das heutige Verfahren in der Schweiz geführt wird, ist es eine

Konsultation. Kommt hinzu, dass die direkt Betroffenen nichts zur Sicherheit zu sagen haben. Als ob Wissenschaftler und Experten allein über die Sicherheit entscheiden könnten. Die Salzmine von Lyons in Kansas, das Projekt Yucca Mountain in Nevada, die Salzminen Asse und Morsleben in der BRD, das Bergwerk Felsenau bei Leibstadt, die Salzmine Stocamine bei Mulhouse für den Sonderabfall, dann Sondermülldeponien wie Bonfol oder Kölliken und ein Rattenschwanz anderer Beispiele: Bei all diesen Fällen haben sich die Wissenschaftler und Experten geirrt. Darum müssen Planungsverfahren mit derartigen Risiken und Laufzeiten auch angepasst und korrigiert werden können, wenn Schwachstellen und Fehler erkennbar sind. Beim Sachplanverfahren hat es unverhältnismässig viel Aufwand gekostet, Änderungen durchzusetzen, zum Beispiel die ergänzende 2D-Seismik auszuführen. Gleichzeitig wird hinter verschlossener Tür die Selektion der Standortgebiete bereits vorbereitet: es ist ein offenes Geheimnis, dass Jurasüdfuss und Wellenberg als Abschusskandidaten ge-

## PAROLEN

### Abstimmung vom 9. Februar 2014

Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)

Ja

Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»

Nein

Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung»

Nein

## KOMMENTAR

## Der Kritiker bezahlt teuer

Als im Oktober 2012 durch eine Indiskretion bekannt wurde, welche Standorte die Nagra für Atommülllager ernsthaft prüfen will und welche nicht, wurden diese



Entscheide von den zwei bekannten Geologen und Nuklearexperten Walter Wildi und Marcos Buser öffentlich kritisiert. Auch monierten beide die fehlende Unabhängigkeit des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektors ENSI. Beide Geologen hatten wenige Monate zuvor den «Beirat Endlager» des UVEK (Wildi) beziehungsweise die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (Buser) verlassen, teilweise unter offenem Protest. Der Unterschied: Walter Wildi war wohlbestallter Professor an der Universität Genf, Marcos Buser ist privater Unternehmer.

Vor Bekanntgabe der offiziellen Abklärungen wurde im September 2012 in einer Medienkampagne die Unabhängigkeit des ENSI-Kritikers Buser selber angezweifelt: Dieser habe vom Bund (konkret genannte) Honorare für Gutachten kassiert. Wer konnte dies en détail wissen? Tatsächlich wurde die Kampagne, wie Recherchen von links.ag zeigen, wohl von einer Bundesstelle, die die Buser-Honorare kannte, in Auftrag gegeben. Im Moment laufen rechtliche Verfahren. Marcos Buser erklärte auf Anfrage, er habe Belege dafür, wer hinter den Anwürfen stecke. Weitere Folgen der Affäre: Busers Firma verlor Mandate, er musste seinen Mitarbeiter entlassen und sein Büro redimensionieren. Buser verlor auch viel Erspartes. Mundtot machen liess er sich nicht.

Das verkrampfte Verhältnis vieler SchweizerInnen zu ihrem Land und zur Kritik an diesem und an den Institutionen ist nicht neu. Viele Fälle wurden erst auf Druck aus dem Ausland aufgearbeitet. Auch Marcos Buser ist so ein Kritiker, der unter die Räder geriet. Der Fall muss publiziert, geklärt und wieder gut gemacht werden. Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende geschrieben.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

handelt werden. Dies untergräbt das Verfahren und schwächt es zusätzlich.

## Was können wir als mündige Bürgerinnen und Bürger tun?

Was kritisieren Sie am Sachplanverfahren? Was muss geändert werden (Strukturen, Personen, Zeitplan)? Was können wir als mündige Bürgerinnen tun?

Wir müssen das Problem der radioaktiven Abfälle anpacken und lösen. Dafür ist das Sachplanverfahren grundsätzlich ein taugliches Instrument. Aber nur, solange es nicht zu einem Politikspiel verkommt. Wir müssten Sicherheiten für die künftigen Generationen und die Umwelt gewährleisten können, die unser Vorstellungsvermögen meistens übersteigen. Ich empfehle einen Besuch im Museum Allerheiligen in Schaffhausen und der «Ausstellung Endlager und Langzeit»<sup>5</sup>: Es gibt dort eine Wand, auf der Tausende von kleinen Homines sapientes aufgestellt sind. Eine Generation hinter der anderen. Bei solchen Darstellungen wird der einengende Kontext der Sprache durchbrochen, und es wird grafisch sichtbar, vor welchen ungeheuren Herausforderungen wir stehen. Daher plädiere ich für ein offenes System, bei dem mit hinreichend Zeit und unter Beizug der besten Leute nach Lösungen gesucht wird. Die heutigen Strukturen in der Schweiz sind gegenüber diesen Herausforderungen schlecht aufgestellt. Das Bundesamt für Energie etwa, das den Prozess leitet, ist kompetenzmässig besonders schwach auf den Beinen. Es reicht nicht, die Leitung eines Prozesses an Leute mit gutem Willen zu delegieren. Es muss auch sichergestellt werden, dass diese Strukturen fähig sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. Ein klassisches Problem der Qualitätssicherung. Als mündige Bürger können Sie sich zum Beispiel dafür einsetzen, dass ein solches

System der Qualitätssicherung tatsächlich umgesetzt wird. Das heisst, dass fähige Strukturen installiert und im Falle von Versagen ausgetauscht werden. Vor allem aber sollte sich eine Region das Recht sichern, an den Entscheidungen über ein Tiefenlager in der eigenen Region beteiligt zu werden, wie dies in vielen ausländischen Projekten wie in Schweden oder Kanada der Fall ist.

Die Fragen stellte **Katharina Kerr**

<sup>1</sup>Vorstand Trägerverein Plattform Jura-Südfuss und Leitungsgruppe der Regionalkonferenz: Markus von Arx, Geschäftsstellenleiter, Gemeindepräsident Erlinsbach SO, Kurt Henzmann, Gemeindepräsident Niedergösgen, Ernst Zingg, ehem. Stadtpräsident Olten, Peter Hodel, Präsident, Gemeindepräsident Schönenwerd, Hans Fellmann, ehem. Gemeindeammann Gränichen, Beat Rüetschi, Gemeindepräsident Suhr, Ruedi Berger, a. Gemeindeammann Oberentfelden, Urs Bachmann, Bachmann Consulting, Suhr, Prozessbegleiter, Jolanda Urech, Stadtpräsidentin, Aarau

<sup>2</sup>Verein Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Lenzburg-Zofingen! [www.ka-az.ch](http://www.ka-az.ch)

<sup>3</sup>Die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit KNS berät den Bundesrat, das Departement UVEK sowie die nukleare Aufsichtsbehörde in Fragen der nuklearen Sicherheit von Kernanlagen. Gesetzliche Grundlagen sind Art. 71 des Kernenergiegesetzes (SR 732.1) und die KNS-Verordnung (SR 732.16). Präsident ist der Suhrer Physiker Bruno Covelli. Im Oktober 2013 segnete die KNS den Bericht des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektors Ensi betreffend die weitere Betriebsdauer des AKW Mühleberg ab.

<sup>4</sup>Im Interview mit links.ag 131 vom November 2012, S. 14 (<http://www.sp-ps.ch/ger/Media-library/AA-SP-Schweiz/Medien/Publikationen/links.ch/2012/131/links.ag-131-November-2012>)

<sup>5</sup>Museum zu Allerheiligen, Klosterstrasse 16, 8200 Schaffhausen, Tel. +41 52 633 07 77, [admin.allerheiligen@stsh.ch](mailto:admin.allerheiligen@stsh.ch). 24. Oktober 2013–23. März 2014: Eine Zeitreise durch die Vergangenheit und in die Zukunft. Führungen: Mi 12.30/Do 18.15/So 11.30 & 14.30.

## GEMEINDERATSWAHLEN 2013

## Ergänzungen

## kk. In Ergänzung zu den in der Dezemberausgabe gewürdigten, 2013 gewählten SP-Mitgliedern in Gemeindeexekutiven wurden uns noch gemeldet:

## Bezirk Baden

In **Ennetbaden** wurden Pius Graf als Gemeindeammann und Beni Pauli-Marti als Gemeinderat wiedergewählt. In **Neuenhof** wurde Hanspeter Benz als Vizeammann bestätigt.

## Bezirk Kulm

In **Oberkulm** wurde Edmund Studiger erneut als Gemeindeammann gewählt.

## Bezirk Zofingen

In **Brittnau** wurde Nadine Sterchi-Blum am 22. September 2013 im ersten Wahlgang gewählt. Sie erhielt 720 Stimmen, das absolute Mehr lag bei 499 Stimmen. Mit dieser Wahl ist es der SP Brittnau nach fast 30 Jahren endlich wieder gelungen, einen Sitz im Gemeinderat zu besetzen.

Wir wünschen den in den Gemeinden bewährten Genossen und der neuen Gemeinderätin Kraft und Erfolg in ihrem Amt!



Diversity-Diskussion in Baden am 20. August 2013

## Wie weiter mit der SP Frauen Aargau?

**Die SP hat sich seit je für die Stärkung der Vielfalt eingesetzt. Es ging und geht dabei nicht primär um den Fokus auf Minderheiten oder auf die sichtbaren Unterschiede, sondern um die Gesamtheit der Gesellschaft mit allen Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Es ist daher richtig, dass die Frage nach der Legitimation der von der SP losgelösten Organisation der SP Frauen aufgeworfen wurde.**

Damit wurde nicht grundsätzlich die speziell notwendige Gewichtung der Gleichstellung in Frage gestellt. Es wurde vielmehr die Einbettung der Frauen als eine umfassende Herausforderung gesehen. Lösungsansätze sind zielführender, wenn die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft betrachtet werden. Die Geschäftsleitung hat darum 2013 drei Diversity-Anlässe organisiert, um die Vorgehensweise bei Gleichstellungsfragen zu diskutieren und einen Strukturvorschlag vorlegen zu können.

Die Anlässe haben gut funktioniert, waren jedoch eher schwach besucht. Eine konkrete Lösung für die SP Frauen hat sich nicht herauskristallisiert, es waren sich aber letztlich alle einig, dass Gleichstellungsfragen nicht nur aus Sicht der Frauen, sondern unter dem Motto der Stärkung der Vielfalt oder Diversity behandelt werden müssen. Die «Marke» SP Frauen ist aber insbesondere für die Unterstützung von Frauen auf ihrem politischen Weg wichtig und hat sich dazu speziell bewährt.

### Entscheid der Geschäftsleitung (GL)

- Die SP Frauen Aargau wird nicht aufgelöst.
- Parallel wird ein Fachausschuss «Diversity» ins Leben gerufen.

### SP Frauen Aargau

- Gesucht wird eine Präsidentin. Gespräche finden momentan statt.

Die jährliche Frauenkonferenz beziehungsweise Generalversammlung findet jeweils vor dem Ordentlichen Parteitag statt mit der Wahl der Delegierten für den Parteirat, die «IG Gleichstellung», die Frauenzentrale und die «frauenaargau».

■ 1–2 Mal pro Jahr werden alle Frauen zu einem Frauenstammtisch ins Volkshaus in Aarau eingeladen. Ziel der Treffen: Austausch und eventuell «Anpacken eines Projekts». Wichtig: Die Umsetzung ist nicht Aufgabe der GL beziehungsweise der Präsidentin oder des Sekretariats. Interessierte Frauen aus der Stammtischrunde übernehmen die Verantwortung und Umsetzung.

■ Vernehmlassungen, Gleichstellungs-/«Frauen»-Abstimmungen, Wahlen: Die GL koordiniert und entscheidet, ob die Verantwortung dafür an die SP Frauen oder den Fachausschuss «Diversity» weitergeleitet wird.

Die GL ist überzeugt, dass ein sachter Aufbau einer neuen Kultur im Umgang mit den nach wie vor brennenden Gleichstellungsfragen zielführend ist.

**Kathrin Scholl** von Lenzburg ist SP-Grossrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.



## KOMMENTAR

### Das Thema Umverteilung ist gesetzt

Ich gehöre nicht zu jenen, die am Abstimmungssonntag aus klaren Niederlagen Siege machen wollen. 65 Prozent



Nein zur 1:12-Initiative sind eine klare Niederlage, keine Frage. Stolz sein auf das Geleistete dürfen wir trotzdem. Und vor allem sollten wir die Abstimmung über 1:12 nicht als Ende, sondern als Anfang von etwas Neuem begreifen.

Die 1:12-Initiative hat bereits während der Kampagne sehr viel erreicht. Schon lange nicht wurde in der Schweiz so intensiv, ja überhaupt, über die Verteilung von Einkommen und Vermögen gestritten. 1:12 hat erstmals das schier gottgleiche Selbstverständnis der selbst ernannten «Wirtschaftsführer» und die nur scheinbare Wirtschaftskompetenz ihrer Vasallen im Parlament demaskiert. Für einen kurzen Augenblick schien sogar eine Mehrheit für eine andere Schweiz möglich. Das sollten wir uns merken: 1:12 hat so viel Begeisterung und politischen Druck ausgelöst, gerade weil sich die Initiative nicht auf die kleinstmögliche «realpolitische» Veränderung beschränkt, sondern weil sie ernsthaft eine Alternative zur heutigen Gesellschaft vorgeschlagen hat.

Auch die Strategie der Kampagne hat sich bewährt. Wir waren gemessen am Budget überproportional präsent. Dies, weil wir gar nicht erst versucht haben, dem Millionenbudget von economiesuisse bei den bezahlten Kampagneninstrumenten wie Inseraten und Plakaten etwas entgegenzusetzen. Vielmehr setzten wir konsequent auf die Mitglieder. Mit den 1:12-Fahnen, Telefonaktionen und flächendeckenden Standaktionen haben wir über eine Million Menschen erreicht. 1:12 kann ein Anfang sein für einen neuen Anlauf in der Verteilungsfrage. Das Thema ist gesetzt. Jetzt kommt es drauf an, was SP und JUSO gemeinsam daraus machen.

**Cédric Wermuth** von Baden ist SP-Nationalrat und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

BERNER SUPPE VON MAX CHOPARD

# 20 rote Berner Suppen

Seit seiner ersten Session im Nationalrat veranstaltet Max Chopard regelmässig eine «Berner Suppe» in einer Gemeinde im Aargau, im letzten Dezember zum zwanzigsten Mal. Die Anlässe dienen der politischen Diskussion und gleichzeitig dem Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern. Denn als PolitikerIn ist man zum ständigen Wahlkampf verdonnert. Fragen und Antworten zur «Berner Suppe».

links.ag: Wie bist Du auf die Idee der «Berner Suppe» gekommen? Haben Dich Urs Hofmanns «cafés» inspiriert? Worüber berichtest Du jeweils?

Max Chopard: Die Grundidee des «café» von Urs Hofmann fand ich gut. Das eigenständige Konzept der «Berner Suppe» hat seine Wurzeln aber in einer Wahlkampfveranstaltung vom September 2007 im Restaurant «Roter Turm» in Baden. Im Anschluss daran wurde eine Suppe serviert. So gestalte ich heute auch die Berner Suppe: Zuerst gibt's einen Infoblock über das Sessionsgeschehen, insbesondere zu Punkten, die aus sozialdemokratischer Sicht besonders interessieren oder bei denen ich mich in Bundesbern auch selbst einbrachte. Dann gibt es eine offene Fragerunde, und anschliessend wird die Suppe serviert. Diese Mischung aus politischer Veranstaltung und gesellschaftlichem Anlass mit gemütlichem Zusam-



mensitzen hat sich bewährt. Ich schätze den direkten Dialog mit den Interessierten und auch für die mitwirkenden SP-Sektionen vor Ort ist es eine gute Sache.

Welche Debatte in Bern war für Dich 2013 am wichtigsten, bemerkenswertesten, verstörendsten? Warum?

Es gab viele spannende Debatten. Am meisten gefreut hat mich, als wir in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie mit 18:7 Stimmen klar Eintreten auf das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 des Bundesrates beschlossen. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung: Noch Ende 2010 drehte sich die energiepolitische Diskussion darum, ob 1, 2 oder 3 neue AKWs gebaut werden sollen. Mühe machten mir dagegen die krampfhaften Legitimierungsversuche für den milliardenteuren Kauf der 22 Gripen-Kampfflieger oder die an den Haaren herbeigezogenen Argumente gegen die gute und wichtige Mindestlohninitiative.

Wie beurteilst Du die politische Diskussion im Aargau? Der Aargau ist kein einfaches Pflaster für unsere sozialdemokratischen Ziele und Werte. Doch ich

stelle mich gerne dieser Diskussion, ob an Veranstaltungen oder in den Medien.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Nationalrat. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

## 21. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 27. März 2014  
19.30 bis 21.00 Uhr

GNUSS UND STIL  
Gewerbezentrum Neuhaus  
Promenadenstr. 6  
5330 Bad Zurzach

### Bericht von der Frühlingssession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:  
SP Bezirk Zurzach

## AGENDA

9. Februar  
**Eidgenössische Abstimmungen**

22. Februar  
**caféCantonal, serviert von Urs Hofmann**  
10–12 Uhr, Mehrzweckhalle «Hirschmatt», Hirschthal

4. und 18. März, 1. und 22. April  
**Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau.**  
Jeweils 17.30 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

11. März  
**Parteirat**  
20 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

25. März  
**ao. Parteitag**  
20–22 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

27. März  
**Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin**  
19.30–21 Uhr, Bad Zurzach

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
6. Januar 2014  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe  
10. Februar 2014  
Erscheinen nächste Ausgabe  
27. Februar 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:  
Pascale Bruderer Wyss, Marcos Buser, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Yvonne Feri, Marco Hardmeier, Katharina Kerr, Johannes Rüesch (Fotos S. 11 und 12), Eva Schaffner, Kathrin Scholl-Debrunner, Salome Strobel (Foto S. 15), Cédric Wermuth.

**17. caféCantonal**

SAMSTAG, 22. FEBR. 2014  
10.00 BIS 12.00 UHR

AULA MEHRZWECKANLAGE  
„HIRSCHMATT“  
(HAUPTSTRASSE BEIM GEMEINDEHAUS)

HIRSCHTHAL

MENU  
TOUR D'HORIZON  
DURCH DIE AARGAUER POLITIK

SERVIERT VON  
REGIERUNGSRAT URS HOFMANN

Alle sind zum 17. CaféCantonal und zum anschliessenden Apéro eingeladen.